

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Bestellungen und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Verlagspreis monatlich 2,50 M. (halbjährlich 1,25 M.) durch die Post bezogen monatlich 2,20 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdener Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-U. / Geschäftsstelle u. Expedition: Osterbahnpostf. 2 / Fernsprecher: 17 259 / Postfachkonto: Dresden Nr. 18 690, Dresdener Verlagsgesellschaft / Schriftleitung: Dresden-U. Osterbahnpostf. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17 259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Sprechstunden der Redaktion: Mittwochs 16-18 Uhr, Sonnabends 13-14 Uhr
Anzeigenpreis: Die neunmal gestrichelte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,55 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Restzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Zeile 1,50 RM. Anzeigenannahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-U. Osterbahnpostf. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen späterer Bezahlung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang Dresden, Dienstag den 14. August 1928 Nummer 189

Die Einberufung des Reichstages gefordert

Interpellation der kommunistischen Fraktion zum Panzerkreuzerbau — Die Spaltung im Berliner Arbeiterport vollzogen — Der älteste Arbeiterportverein „Fichte“ ausgeschlossen

Der kommunistische Antrag

Berlin, 14. Aug. (Eig. Drahtbericht.)
Die kommunistische Reichstagsfraktion hat beim Reichstagspräsidenten den Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstages zur Stellungnahme zum Panzerkreuzerbeschluss des Kabinetts gestellt.

Antrag Stoeder, Schneller und Genossen:
Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung aufzufordern, den Bau des im März d. J. beschlossenen Panzerkreuzers A nicht in Angriff zu nehmen, die im März d. J. dafür bewilligte erste Rate von 9 Millionen Mark für Schulleistungen für Volksschulkinder zu verwenden und umgehend einen entsprechenden Ergänzungsetat vorzunehmen.

Der Wortlaut der KPD-Interpellation

II. Berlin, 13. August.
Im Auftrag der kommunistischen Reichstagsfraktion hat der Abgeordnete Stoeder die sofortige Einberufung des Reichstages zur Beratung eines von der kommunistischen Fraktion am 13. August eingebrachten Interpellation wegen des Beschlusses des Reichskabinetts auf Durchführung des Panzerkreuzers A verlangt.

Der Wortlaut der Interpellation der kommunistischen Fraktion zum Panzerkreuzerbau, der vom Genossen Stoeder am Montag eingebracht wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Im Gegensatz zu dem Willen der breitesten Massen des wertvollen Volkes hat das Reichskabinet beschlossen, den Bau

des Panzerkreuzers A durchzuführen und damit die neue deutsche Außenpolitik zur Unterstützung des neuburgischen Imperialismus fortzusetzen. Die Reichsregierung hat damit die Forderung der breiten Volksmassen auf Verwendung dieser Mittel für Kinderbeschäftigung in den Volksschulen abgelehnt. Die Reichsregierung hat damit eine Entscheidung gefällt, die nach den Neuwahlen ohne Zweifel dem Volkswillen selber zuwider ist.

„In die Reichsregierung bereit, sich wegen dieses unerhörten Schrittes unverzüglich vor dem Reichstag zu verantworten?“

Die parlamentarischen Aktionen der kommunistischen Reichstagsfraktion stellt die sozialdemokratische Partei vor die Entscheidung. Die größte Fraktion des Reichstages hat jetzt Gelegenheit, sich dem kommunistischen Antrag auf Einberufung des Reichstages anzuschließen und den sofortigen Zusammenritt des Reichstages zu fordern, um dann das Kabinet für den gefassten Beschluss zur Verantwortung zu ziehen und den Willen der 9 Millionen Wählermassen zu vertreten. Lehnt die sozialdemokratische Reichstagsfraktion die Einberufung des Reichstages ab, unterliegt sie die kommunistische Interpellation nicht, dann ist damit der Beweis erbracht, daß es sich bei der Zustimmung der sozialdemokratischen Koalitionsminister im Reichskabinet keineswegs um eine individuelle Handlung der sozialdemokratischen Koalitionsminister handelt, wie es ja im besonderen die linkssozialdemokratische Presse in Sachen hinzustellen versucht, es ist dann klipp und klar bewiesen, daß die Zustimmung der sozialdemokratischen Minister zum Panzerkreuzerbau im Einverständnis mit dem Parteivorstand, unter seiner Billigung erfolgt und daß das Gerücht von der grundsätzlichen ablehnenden Haltung der SPD zur Bewilligung der Mittel für die Aufrüstung ein erbärmliches Demagogengerücht ist, mit dem die Arbeitermassen getäuscht werden sollen.

Um den Panzerkreuzer

Pressestimmen aus dem linkssozialdemokratischen Lager
Die große „vaterländische Tat“ (so bezeichnet die bürgerliche Presse den Beschluß zum Panzerkreuzerbau), die von den sozialdemokratischen Koalitionsministern vollbracht wurde, hat die linkssozialdemokratische Presse in Sachen in eine äußerst unangenehme Situation gebracht. Was ist geschehen? 9 Millionen sozialdemokratischer Wähler sind von den SPD-Führern mit der Losung „Wer keinen Panzerkreuzer will, wähle die 1.“ genarrt worden. Im Vertrauen auf die Versprechungen der Sozialdemokratie gaben die Massen der Wähler ihre Stimme der Liste 1. Schon aus dem Verlauf der ersten Wochen des neuen Reichstages hat ein Teil, wenn auch nur ein kleiner, der 9 Millionen sozialdemokratischer Wähler die Lehren gezogen. Hermann Müllers Regierungserklärung, der Schwindel mit der Lohnsteuererleichterung, das konstante Verhalten der SPD in der Amnestistrage, die Beschlüsse aller Arbeiterforderungen durch die neugebundenen SPD-Minister, die erste Verbindlichkeitsklärung der 88 Stunden-Woche in der sächsischen Textilindustrie durch den SPD-Minister Wissell, die nationalstolischen Reden Löbes in Wien und Severings in Köln haben vielen Tausenden und Zehntausenden sozialdemokratischen Wählern, vielen Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei schon die Augen geöffnet. Diese „Erfolge“ der Koalitionspolitik haben bereits auch in den Reihen der SPD-Arbeiter ihre Auswirkungen gezeigt. Den Beweis dafür liefern die in den letzten Wochen erfolgten Austritte aus der SPD und Uebertritte zur kommunistischen Partei. Einen weiteren Beweis dazu liefern aber auch die verzweifeltsten Ablenkungsmanöver der sozialdemokratischen Presse, die wilde Verleumdungskampagne gegen die Sowjetunion, gegen die Komintern, gegen die KPD, wie sie besonders in der Dresdener Volkszeitung in den letzten Tagen beobachtet werden konnte. Trotz alledem kann man wohl feststellen, daß die Millionenmassen der SPD-Wähler die Lehren der ersten Taten der Koalitionsregierung bisher noch nicht richtig begriffen haben. Die Ursache ist im Mangel an politischer Schulung zu suchen, ohne die es nicht möglich ist, die Tragweite der imperialistischen Verbrechen der Müller und Severing zu begreifen und die Schwindelmanöver gefilterter Demagogen zu durchschauen. Ehrlich und einfach denken die Arbeiter. Noch immer können sie sich nicht vorstellen, daß die Führer der Sozialdemokratie sie bewußt, vorwiegend betrügen und nur als Stimmvieh benutzen wollen. Sie können sich das Maß der Heuchelei, des Verrats, der Verbürgerlichung nicht vorstellen, so lange die herbe Sprache der handgreiflichen Tatsachen selbst sie noch nicht über die Wirklichkeit belehrt.

„Fichte“ aus dem AStuGvB ausgeschlossen

Der Mehrheit der Berliner Vereine wird mit Ausschluß gedroht! Sächsische Arbeiterportler, erklärt euch solidarisch mit Verein Fichte!

Berlin, 14. August. (Eig. Drahtmeldung.)
In der Abendausgabe des Vorwärts vom 13. August veröffentlicht der Kreisvertreter des 1. Kreises des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, Reichert, nunmehr führendes Mitglied im Kartellauschuss, einen Beschluß an alle Vereine des 1. Kreises, mit dem er den ersten deutschen Arbeiter-Turn- und Sportverein, Fichte, außerhalb des Bundes stellt. Den Vereinen wird zur Pflicht gemacht, daß gegenüber Fichte alle Rechte als Bundesmitglied sportlich und organisatorisch ruhen. Reichert führt zur Begründung für diese Maßnahme einen Beschluß einer Generalsammlung von Fichte an, der dort überhaupt nicht gefaßt wurde. In der Resolution, die in der Vereinsversammlung am 8. August angenommen wurde, befindet Fichte erneut seinen Willen zur Einheit der Arbeiterportbewegung auf dem Boden des Klassenkampfes und erklärt, jeden Versuch zur Spaltung der Berliner Arbeiterportbewegung auf das schärfste bekämpfen zu wollen. Dieser Wille zur Einheit läßt den Sozialdemokraten zuzwischen, und ihr Beauftragter, Reichert, muß den ältesten Verein des Arbeiter-Turn- und Sportbundes außerhalb des Bundes stellen.

Gleichzeitig weist Reichert noch besonders darauf hin, daß Vereine, welche sich zum aufgelösten Kartell bekennen, die Bundesbeschlüsse gegen sich wirken lassen müssen.

Diese unerhörte Provokation der Klassenbewußten Arbeiterportler d. d. Panzerkreuzer-„Sozialisten“ zeigt die gefährliche Situation in ihrem ganzen Umfange. Nicht nur der älteste Verein des Bundes wird hinausgeworfen, weil er sich einem E. v. z. -Vertrag-Radbruch-Sturz entgegenstemmt, sondern alle, die Mehrheit der Berliner Vereine umfassen, allen Kartellmitgliedern werden offiziell als ausschließend bezeichnet. Der Bundesvorstand und seine Hintermänner denken also gar nicht daran, sich mit den Ausschüssen der bekanntesten oppositionellen Führer zu begnügen, sondern geht jetzt zum Frontalangriff vor. Gerade diese Tatsache soll den ehrlichen Arbeiterportlern zu denken geben, die sich damit begnügen, ihren eigenen Verein zunächst vor der Spaltung zu bewahren und in ihren engem Kreise die Bundesbeschlüsse verurteilen. Sie

müssen erkennen, und dies gilt besonders für die sächsischen Arbeiterportler, daß in dieser Situation die ganze moralische Kraft der Gruppen und Sparten gegen den Bundesvorstand und seine Hochbeten eingesetzt werden muß. Sie müssen erkennen, daß es in dieser Situation keine halbe Opposition geben kann, will man sich nicht wirtschaftlich machen an dem schweren Verbrechen an der gesamten Arbeiterbewegung, denn dies würde eine Spaltung des AStuGvB im Reich zur Folge haben müssen. Die Arbeiterportler müssen jetzt abwägen, was ihren Idealen wirklich entspricht:

Bindung und Unterwerfung unter eine Partei, die mit der Bourgeoisie durch dick und dünn geht, deren Minister in nationalstolischer Hebe mit den Schwarzweißroteten in Idealkonkurrenz treten, die dem neuburgischen Imperialismus Panzerkreuzer zum „heiligen Krieg“ gegen den Volkswortismus (das heißt gegen die proletarische Revolution!) bewilligen.

Oder Bündnis mit allen revolutionären Organisationen, die unentwegt den Kampf gegen das Bürgertum und gegen jeden Kompromiß mit dem Klassenfeind führen und die fest darauf sind, Freunde und Verbündete der ersten Arbeitermacht der Erde zu sein, der Sowjetunion.

Diese Entscheidung muß getroffen werden! Entweder das eine oder das andere! Eine „Neutralität“ gibt es hier ebenwomöglich wie in anderen kulturpolitischen Fragen. Sächsische Arbeiterportler! Denkt an euer Gelübnis beim Kreisfest! Zeigt euch eurer Tradition würdig! Verdoppelt die Kraft und holt zum vernichtenden Schlag gegen alle aus, die die Einheit des Bundes anzustreben wollen, um ihm der Panzerkreuzer-Revolution dienlich zu machen. Fort mit dem Schwarzrotgoldenen Koalitionsverrat! Verteidigt das rote Banner des revolutionären Klassenkampfes im Arbeiter-Turn- und Sportbund gegen alle reformistischen Anschläge!

Hierin aber beruht die ungeheure Bedeutung des Panzerkreuzerbeschlusses. Jetzt hilft kein Beugnen mehr. Hier handelt es sich nicht mehr um vaterländisch-imperialistisch gehaltene Erklärungen und Zeitreden sozialdemokratischer Minister und Führer, die die gereizte linkssozialdemokratische Presse mit Repräsentationspflichten erklären kann, es sind nicht „nur“ gemeinliche Aufmärsche des Reichsbanners mit Stahlhelm und Kriegervereinen, die von der SPD-Presse vertuscht werden können, obgleich auch die deutliche Symptome der völkergemeinschaftlich-imperialistischen Gesinnung sind. Bei dem Beschluß des Panzerkreuzerbau handelt es sich um Taten, um verantwortliche, entscheidende Beschlüsse der sozialdemokratischen Minister im Reichskabinet. Die Sprache der 9 Millionen für den Panzerkreuzer A, die Sprache der 80 Millionen für die kommende Serie von Panzerkreuzern — das ist eine Sprache, die nicht mehr getuschelt und verflüchtigt werden kann, die jeder, auch der einfachste Arbeiter, verstehen wird.

Der Panzerkreuzerbeschluss des Müllerkabinetts hat keine Bedeutung aber auch auf anderem Gebiet. Er kündigt unweiblich an, daß die SPD in ihrer Koalitionspolitik an der Grenze angelangt ist, wo der Betrug der sozialdemokratischen Wähler mit Versprechungen, Verirrungen und Entschuldigungen kaum mit Aussicht auf Erfolg fortgesetzt werden kann. Daß diese Grenze schon nach so kurzer Zeit erreicht wurde, ist ein Beweis für die Verhärtung der Klassenengelage in der deutschen Teutokratie, ein Beweis für den Ernst der Kriegsgeschehnisse, ein Beweis auch dafür, daß die Koalitionsregierung die Grenze der von der Bourgeoisie den Massen gewährten Konzessionen überhaupt nicht erweitert hat und nicht erweitern kann. Das heißt die sozialdemokratische Presse in ihrer Stellungnahme zu dem Beschluß des Reichskabinetts, der die vollkommene Verzerrung, das verlegene Schweigen, die hilflosen Versuche, den Panzerkreuzerbeschluss irgendwie an einer unangenehmen Stelle des Blattes zu verdecken, mit einer banalen

Vertical text on the left margin containing various small notices and advertisements.